

Irland

Nicholas Rees

In Irland bilden Fianna Fáil (FF) und die Progressiven Demokraten (PD) immer noch die Regierung unter der Führung von Premierminister Brian Cowen. Im Mai fanden allgemeine Wahlen statt, aus denen die Fianna Fáil als Siegerin hervorging, trotz Anschuldigungen gegen den am 6. Mai 2008 aufgrund eines Skandals um seine persönlichen Finanzen zurückgetretenen Premierminister Bertie Ahern. Im Juni wurde eine neue Koalitionsregierung aus Fianna Fáil (FF), den Progressiven Demokraten (PD) und den Grünen gebildet. Die Wahl war durch das Wiederaufleben der Fine Gael, dem Beinahe-Untergang der Progressiven Demokraten und einem schlechten Abschneiden der Labour Party gekennzeichnet. Dermot Ahern wurde erneut zum Außenminister ernannt. Es gab Warnungen seitens des Internationalen Währungsfonds und des Economic and Social Research Institute (Dublin), die vor einer Verlangsamung der irischen Wirtschaft und dem Beginn einer Rezession warnten.¹ Die Baubranche, ein wesentlicher Treiber des Wirtschaftswachstums, steckte in Schwierigkeiten. Es waren ebenfalls erhebliche Folgen aus der Verlangsamung der amerikanischen Wirtschaft und der Finanzkrise in den USA um den Markt mit Subprime-Krediten zu verzeichnen, die sich auf die Finanzdienstleistungsbranche in Irland auswirkten. Der steigende Ölpreis sorgte für weiteren Inflationsdruck in Irland.²

Der Vertrag von Lissabon und die Zukunft der EU

Die fünfte Erweiterung der Europäischen Union fand mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens statt. Der irische Europaminister wohnte den Feierlichkeiten in Bukarest am Silvesterabend und in Sofia am darauffolgenden Tag bei, der irische Außenminister gab am 10. Januar aus diesem Anlass einen Empfang im Außenministerium (Iveagh House). Zum Jahresanfang wurde Irisch erstmals als 23. offizielle Sprache und Arbeitssprache der EU nach einer Entscheidung des Ministerrats für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen der EU (GAERC) am 13. Juni 2005 verwendet. Der 50. Geburtstag der Europäischen Union, die den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge vom 25. März 1957 beging, gipfelte in der Unterzeichnung einer Feierlichen Erklärung zu Europa in Berlin, die die Kernwerte und -prinzipien der Union bestätigte und die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen unterstreichen sollte, denen sich Europa in einem sich verändernden globalen Umfeld gegenüber sieht. Das Ereignis wurde in Irland mit einem Empfang im Iveagh House am 28. März begangen.

Übersetzt aus dem Englischen von Lisa Förster.

1 Zu den Ausführungen siehe Rees, Nicholas: „Irland’s Foreign Relations in 2007“, in: *Irish Studies in International Affairs*, (Royal Irish Academy) Band 18, 2007.

Una McCaffrey: „IMF predicts economy will slow down sharply next year“, in: *Irish Times*, 26. September 2007.

2 Siehe Leitartikel „A tough year for business“, in: *Irish Times*, 28. Dezember 2007.

Die Frage des Verfassungsvertrags für Europa stand im Zentrum zahlreicher Debatten und Diskussionen in Irland. Die deutsche Präsidentschaft erhielt die Aufgabe, eine Lösung für den Verfassungsprozess zu finden. In Irland wurde die Frage des Verfassungsvertrags auf Regierungsebene diskutiert, in beiden Häusern des Parlaments, dem National Forum on Europe und dem Institute of European Affairs sowie in den Medien. Insbesondere das National Forum on Europe stellte weiterhin das wichtigste Forum dar, in dem über Europa reflektiert wurde. Eine Reihe namhafter Besucher kam nach Irland, unter ihnen der polnische Präsident, der Premierminister Litauens sowie der ehemalige Präsident Lettlands.³ Das Forum veranstaltete vom 10.-11. Februar eine Veranstaltung, auf der Premierminister Bertie Ahern und Noel Treacy sprachen. Ziel war es herauszufinden, was für ein Europa die Bürger eigentlich wollen. Das Ergebnis der Beratungen wurde dem Europäischen Rat zugeleitet. Zwei Wochen vor dem Europäischen Rat im Juni reiste der irische Premierminister nach Berlin, um sich mit Bundeskanzlerin Merkel zu beraten.

Die deutsche Präsidentschaft stellte auf dem Europäischen Rat in Brüssel vom 21.-22. Juni ihren Bericht vor. Nach einer schwierigen Debatte mit besonderem Widerstand Polens wurde eine Einigung darüber erreicht, wie es mit dem Verfassungsvertrag weitergehen sollte. Die neue portugiesische Präsidentschaft wurde beauftragt, eine Regierungskonferenz vor Ende Juli einzuberufen, um die technischen und rechtlichen Aspekte des Reformvertrags⁴ zu untersuchen. Der Premierminister berichtete über die Ergebnisse des Europäischen Rats vom 27. Juni und lobte die harte Arbeit der deutschen Präsidentschaft auf der Suche nach einem Mandat, das von allen 27 Mitgliedsstaaten unterstützt wurde. Er merkte ebenfalls an, dass es Irland daran gelegen war, möglichst viel von den 2004 erreichten Inhalten beizubehalten und neue Verhandlungen zu vermeiden.

Die Vertragsverhandlungen der Regierungskonferenz begannen am 23. Juli in Brüssel. Europaminister Dick Roche vertrat Irland bei den Eröffnungsgesprächen. Die Verhandlungen dauerten etwa drei Monate. Die EU-Mitgliedstaaten hielten am 18.-19. Oktober eine Regierungskonferenz und ein informelles Treffen des Europäischen Rats in Lissabon ab. Die Regierungskonferenz verständigte sich am 18. Oktober auf den Vertrag von Lissabon, was dem Bemühen der portugiesischen Präsidentschaft zuzuschreiben war, die bereits im Vorfeld die Zustimmung der Mitgliedstaaten einholte.⁵ Der Premierminister informierte das irische Parlament in seiner Sitzung vom 24. Oktober über die Ergebnisse des Europäischen Rats und der Regierungskonferenz. Er hob die Vorteile des Vertrags von Lissabon für Irland hervor, die sich aus einem besseren Funktionieren in Europa ergeben würden und erwähnte die Änderungen des Vertrags von Lissabon im Detail. Er gab ebenfalls zu verstehen, dass Irland wahrscheinlich das einzige Land sein würde, in dem ein Referendum abgehalten werden muss, auch wenn dies noch einer Prüfung der Rechtslage bedürfe. Er merkte auch an, dass das National Forum on Europe in der Vergangenheit eine Schlüsselrolle in der öffentlichen Diskussion gespielt hatte und beim Vertrag von Lissabon eine ähnliche Rolle spielen würde.

3 Weitere Informationen zu den Meetings des National Forum on Europa siehe www.forumonEuropa.ie.

4 An der Regierungskonferenz nahmen neben den Staatsoberhäuptern auch Mitglieder des Allgemeinen Ausschusses und des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten teil. Hinzu kamen Vertreter der Europäischen Kommission sowie drei Mitglieder des Europaparlaments.

5 Siehe Briefing zum Treffen des Europäischen Rats in Lissabon, 18.-19. Oktober 2009, Institute of International und Europäischen Affairs, Dublin, www.iiea.com.

Weitere Themen unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft

Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurden ebenfalls Fortschritte bei den Vorschlägen zu den Themen Energie und Klimawandel verzeichnet, nach denen auch Irland seine nationale Linie ausrichten wollte. Auf dem Europäischen Rat von 8.-9. März, auf dem es überwiegend um wirtschaftliche und soziale Fragen in Zusammenhang mit der Agenda von Lissabon ging, wurden ehrgeizige Ziele in Bezug auf Energie und Klimawandel vereinbart und einen Aktionsplan (2007-09) angenommen.⁶ Vor dem Treffen sprach sich die irische Regierung für eine internationale Vereinbarung unter den Industriestaaten über eine Verringerung der Treibhausgase um 30% aus (bzw. für eine einseitige Verringerung der Emissionen in der EU um 20%).⁷ Zudem wurde beschlossen, dass 20% des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien stammen sollten, mit einem Mindestziel von 10% aus Biotreibstoffen sowie einer Verbesserung der Energieeffizienz um 20%.⁸ Die Frage der transatlantischen Handelsbeziehungen wurde auf diesem Treffen erörtert, der Premierminister führte mit dem britischen Premierminister Gespräche über eine Einigung zu einer Open-Skies Vereinbarung zwischen Europa und den USA. Dies wurde als wichtig für irische Interessen erachtet. Nach seiner Rückkehr informierte der Premierminister das Parlament am 21. März über die Ergebnisse des Gipfels, wobei er den Erfolg der Strategie von Lissabon für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in ganz Europa hervorhob. Er betonte auch, dass Irland sichergestellt hatte, dass Themen wie eine Stärkung der staatlichen Aids-Politik sowie die Verringerung bürokratischer Auflagen für Unternehmen durch die europäische Gesetzgebung in die Vereinbarung aufgenommen wurden.⁹

Außen- und sicherheitspolitische Prioritäten

In Irland wurden Europafragen in den Kammern und Ausschüssen des Parlaments diskutiert. Die Debatten im Parlament befassten sich mit Anträgen zu EU-internen Angelegenheiten und den Außenbeziehungen, wie z. B. dem EU-Reformvertrag, der Entsendung irischer Soldaten im Rahmen der EU-Mission im Tschad und der Krise in Simbabwe. Die beiden Häuser verabschiedeten auch ein neues Gesetz zur vereinfachten Umsetzung von EU-Gesetzen in irische Gesetze (European Communities Act 2007). Die Regierungskonferenz und ihr Ausgang wurden aufmerksam verfolgt, wobei der Senat die Frage am 12. Dezember vor der Unterzeichnung des Reformvertrags in Lissabon auf die Tagesordnung setzte. Die Diskussionen im Dáil konzentrierten sich ebenfalls auf die Beteiligung Irlands an der Nördlichen Battlegroup. Das Thema wurde am 22. März aufgegriffen, als die Opposition versuchte, die Weitergabe der vorgeschlagenen Absichtserklärung an die Ausschüsse ohne Debatte im Plenum zu verhindern.¹⁰ Verteidigungsminister Willie O'Dea sprach am 5. April vor dem Parlament zur Absichtserklärung bezüglich der Teilnahme Irlands an der Nordic Battlegroup. Er erwähnte, dass ungefähr 100 irische Truppen, vor allem Spezialisten für die Minenräumung und Entschärfung unkonventioneller Spreng- und

6 Siehe Newsletter zu Energie und Klimawandel, März 2007, Institute of Europäischen Affairs, Dublin.

7 Im April veröffentlichte die Irische Regierung ihre Strategie gegen den Klimawandel 2007-12.

8 Rede des Außenministers Dermot Ahern vor dem Institute of Europäischen Affairs, Dublin, 22. Februar 2007: EU at 50. Celebrating achievements und facing the future, www.iiea.com.

9 Die Regierung gab ebenfalls am 12. März nach dem Treffen des Europäischen Rats ein Arbeitspapier zum Thema Energie heraus.

10 Marie O'Halloran: „Government denies battlegroup plan threatens neutrality“, in: Irish Times, 23. März 2007.

Brandvorrichtungen für die Battlegroup abgestellt werden könnten. Im November genehmigte die Regierung formell die Teilnahme des Landes an der Nördlichen Battlegroup.¹¹

Das Thema der außerordentlichen Überstellungsflüge durch die USA, die das Europaparlament untersuchte, wurde mehrfach im irischen Parlament aufgegriffen. Die Veröffentlichung des Berichts des Europäischen Parlaments über den Transport und das illegale Festhalten von Gefangenen im Januar führte zu gemischten Reaktionen der irischen Regierung. Sie führte an, dass der Bericht beinhaltete, dass solche außergewöhnlichen Überstellungsflüge nicht auf irischem Hoheitsgebiet stattgefunden hätten, auch wenn der Außenminister Einwände gegen bestimmte Empfehlungen in dem Bericht geltend machte einschließlich des Vorschlags, alle durch das CIA betriebenen Flüge im irischen Luftraum zu verbieten. Die Angelegenheit wurde am 31. Januar im Senat debattiert, wobei Europaminister Noel Tracey die Position der Regierung vertrat. Im Dezember veröffentlichte die irische Menschenrechtskommission einen Bericht über die außergewöhnlichen Überstellungsflüge. Als Antwort darauf verteidigte der Außenminister die Position der Regierung vehement, dass man sich gegen diese Flüge ausgesprochen habe und dass die US-Regierung versichert hätte, dass solche Flüge nicht über irischem Hoheitsgebiet stattgefunden hätten.

Im Bereich der Ausschüsse konzentrierte sich der Gemeinsame Ausschuss zu Europäischen Angelegenheiten, dem in der ersten Jahreshälfte John Deasy vorstand, neben anderen Themen auf die deutsche EU-Präsidentschaft, die Nachbarschaftspolitik der EU, die EU-Handelsbeziehungen sowie den EU-Entwicklungsfonds. Im allgemeinen spiegelten die Diskussionen das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission und der Präsidentschaft für das Kalenderjahr wider. Im Oktober 2007 schuf das Parlament einen neuen Gemeinsamen Ausschuss zur Untersuchung der EU-Gesetzgebung und ihrer Anwendung im nationalen Recht. Die Ergebnisse des Ausschusses enthalten Schlussfolgerungen und Empfehlungen an beide Häuser. Der Ausschuss veröffentlichte seinen ersten Bericht über die Rolle der nationalen Parlamente im Reformvertrag von Lissabon.

Irland spielte ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der außenpolitischen Rolle der Union. Die irische Regierung war im Einklang mit ihren eigenen Richtlinien zur Außenpolitik besonders im Bereich der politischen Entwicklung in den westlichen Balkanländern aktiv, bei Menschenrechtsfragen in Burma/Myanmar und den UN-Foren, den Krisen in Darfur (Sudan) und Simbabwe, der humanitären Hilfe im Irak und im Nahen Osten. Irland leistete weiterhin einen erheblichen Beitrag an militärischem Personal für die Friedenstruppen der Vereinten Nationen und der EU, auch wenn die Zahl der Soldaten im Dezember 2007 auf 414 fiel – hier spiegelt sich der Rückzug der Truppen aus Liberia in Juni und aus dem Libanon im Oktober wider.¹² Das Hauptaugenmerk der Iren lag mit 272 Soldaten auf dem Kosovo im Rahmen der KFOR und weiteren 41 Soldaten in Bosnien-Herzegowina im Rahmen der EUFOR-Operation Althea. Außenminister Dermot Ahern reiste im November in die Balkanländer, um dort mit Politikern unterschiedlicher Couleur die Unterstützung einer friedlichen Einigung zum Kosovo zu erreichen. Die Betonung einer friedlichen Konfliktlösung zeigt den Willen der irischen Regierung, ihre Erfahrungen aus dem Nordirlandkonflikt in anderen Situationen anzuwenden.

11 Conor Lally: „Irish troops begin Swedish exercise“, in: Irish Times, 18. Oktober 2007.

12 Siehe Anlage 2 des Department of Defence and Defence Forces Strategy Statement, 2008-2010; siehe auch <http://www.military.ie> für Einzelheiten zu aktuellen Missionen.

Außerhalb Europas lag der Fokus Irlands 2007 auf den UN-Missionen in Afrika. Die Mission im Tschad wurde 2008 mit einer Vorhut von 147 Soldaten im April erheblich aufgestockt. Die politische und humanitäre Krise in Darfur (Sudan) stand auch weiterhin im Fokus der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und Irlands. Die irische Regierung stellte 2 Millionen Euro für Aktivitäten zur Friedenssicherung der African Union Mission (AMIS) in der Region Darfur zur Verfügung. Dies stellte die Reaktion auf einen Appell der internationalen Gemeinschaft dar, weitere Unterstützung für die Friedenssicherung zur Verfügung zu stellen. Außenminister Dermot Ahern zählte zu den Kritikern der Sudanesischen Regierung, die er beschuldigte, den Einsatz der Friedenssicherungstruppe zu blockieren. Er schlug vor, der UN-Sicherheitsrat solle weitere Sanktionen gegen den Sudan verabschieden. Im August nahm der Sicherheitsrat die Resolution 1769 an, wonach der Einsatz einer gemischten Truppe aus Afrikanischer Union und der UN-Mission (UNAMID) mit 26.000 Einsatzkräften bestehend aus Soldaten und Polizeikräften in der Region Darfur im Sudan genehmigt wurde. Zur Unterstützung der UN-Mission in Darfur sah der UN-Sicherheitsrat in Resolution 1778 am 25. September die Schaffung einer Friedenssicherungstruppe unter Federführung der EU im Tschad/Zentralafrikanische Republik vor. Die EU genehmigte die EUFOR Tschad/CAR am 15. Oktober.¹³ Im November unternahm Dermot Ahern eine viertägige Reise in den Tschad und den Sudan, bevor irische Truppen als Teil einer durch die Vereinten Nationen beauftragten EU-Mission stationiert werden sollten. Dies geschah jedoch aufgrund von Verzögerungen bei der Bereitstellung von Truppen und Ausrüstung erst im folgenden Jahr.

Die weiterhin ungelöste Situation im Nahen Osten lag der irischen Regierung ebenfalls am Herzen. Der irische Außenminister reiste im Januar nach Israel, Palästina, Ägypten und in den Libanon, um Gespräche zu führen. Im Januar genehmigte die irische Regierung 2 Millionen Euro für humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau im Libanon, wodurch sich die irische Hilfe auf insgesamt 5 Millionen Euro erhöhte. Europaminister Noel Treacy plädierte auf der internationalen Geberkonferenz für den Libanon in Paris für die Souveränität und Unabhängigkeit des Libanon.¹⁴ Die EU rief Syrien auf, im Libanon, dem Irak und den Palästinensischen Gebieten eine stärkere Rolle zu spielen. Im November nach der Friedenskonferenz in Annapolis (USA) stellte die irische Regierung weitere Mittel zur Unterstützung der Palästinensischen Institutionen zur Verfügung und stand weiterhin hinter der vollständigen Umsetzung der Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats. Irland stellte bis September 150 Truppen zur Stärkung der UN-Kräfte (UNIFIL) zur Verfügung.

Während des gesamten Jahres hielten Zusammenstöße in Gaza und der Westbank an. Das umfassende Ziel internationaler Bestrebungen bestand aus Bemühungen zur Erneuerung des Dialogs zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomieregierung sowie einer Verhandlungslösung. Die irische Regierung stellte über die Vereinten Nationen Hilfe in Höhe von 3,8 Millionen Euro zur Unterstützung palästinensischer Flüchtlinge in Palästina, dem Libanon, Syrien und Jordanien zur Verfügung. Dennoch führte die wachsende Krise unter den Palästinensern und die Abwesenheit eines glaubwürdigen politischen Pro-

13 Die EUFOR-Operation umfasst ca. 4.300 Soldaten und Personal aus Frankreich, Polen, Finnland und Schweden und stand unter irischem Kommando. In Irland genehmigte die Regierung die Entsendung von bis zu 400 Soldaten für die Operation. Siehe Tim O'Brien: „Rethink on sending army to Darfur urged“, in: Irish Times, 4. August 2007.

14 Der Minister kündigte am 25. Januar 2007 weitere Hilfen in Höhe von 2 Millionen Euro für den Libanon an, www.dfa.ie/home/index.aspx?id=27356&media=print.

zesses im Juni zu heftigen Auseinandersetzungen. Als Reaktion auf die Krise brachte Irland das Thema Mitte Juni auf die Tagesordnung des Ministerrats für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen der EU (GAERC), um eine Zweistaatenlösung weiterhin nicht aus den Augen zu verlieren. Auf der Internationalen Geberkonferenz in Paris im Dezember sprach sich die irische Regierung für weitere 40 Millionen Euro für Wiederaufbau und Entwicklung in Palästina aus. Die Regierung sprach ebenfalls mit der Beauftragten der UNRAW, Karen Koning AbuZayd, die Dublin am 19. Dezember besuchte.¹⁵

Das Jahr endete mit einem Treffen des Europäischen Rats in Brüssel am 14. Dezember, auf dem Irland durch den Premierminister, den Außenminister und den Europaminister vertreten war.¹⁶ Vor dem Treffen nahmen Rat, Kommission und Parlament am 12. Dezember die Charta der Grundrechte der Europäischen Union in Straßburg an. Auf dem Europäischen Rat wurde eine Reihe von Entwicklungen in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Justiz besprochen sowie ein Bericht der Kommission über die Fortschritte bei der Strategie von Lissabon und den Außenbeziehungen der EU. Es wurde eine Erklärung zur Globalisierung angenommen. Zudem einigte man sich auf die Schaffung einer unabhängigen Reflexionsgruppe, die sich mit den künftigen Herausforderungen (für den Zeitraum 2020-2030)¹⁷ befassen sollte.

Als das Jahr sich seinem Ende neigte, gab es bereits Anzeichen für eine geringe Unterstützung des Vertrags von Lissabon. Zu diesen gehörten in der Irish Times veröffentlichte Meinungsumfragen und ein wachsendes Unbehagen in der Öffentlichkeit und bei Meinungsführern über einen Vertrag, den nur wenige vollständig zu verstehen schienen. Auch die Vorboten der wirtschaftlichen Veränderung waren spürbar. Die Wirtschaft wuchs langsamer und Irland schien für die Zukunft in weniger ruhiges Fahrwasser zu gleiten. Die politische Elite bemerkte das sich verändernde Klima der öffentlichen Meinung zu spät. Viele dachten, eine kraftvolle und gut organisierte Referendumskampagne würde genügen, um Zweifler zu überzeugen, dass ein „Ja“ zum neuen Verfassungsvertrag im Interesse Irlands liege. Die Gegner des Verfassungsvertrags konzentrierten sich in ihrer Kampagne auf die Fragen Souveränität, Steuern, Abtreibung und Neutralität. Letztendlich blieb die Mehrheit der Iren skeptisch. Am 12. Juni 2008 scheiterte das Referendum mit 53,4% zu 46,6% der Stimmen bei einer hohen Wahlbeteiligung von 53,1%. Dieses Ergebnis legt eine starke Unzufriedenheit mit dem Vertragswerk und dem gesamten Prozess nahe.¹⁸ Justizminister Brian Lenihan kommentierte den Ausgang der Abstimmung, Irland hätte in Europa an Einfluss verloren und er selbst sei „sehr, sehr enttäuscht“ über das Ergebnis: „Ich denke, es ist ein sehr trauriger Tag für dieses Land und auch für Europa.“

Weiterführende Literatur

Chari, Raj: Why Did the Irish Reject Lisbon? An Analysis of Referendum Results, Elcano Royal Institute, Madrid 2008.

Hierlemann, Dominik/Heydecker, Christian: Grünes Licht von der Grünen Insel?: Zehn Fragen zu Irland, Spotlight Europe, Nr.5, Gütersloh 2008.

15 Die UNRAW stellt Gesundheit, Bildung und soziale Dienste für mehr als 4,5 Millionen palästinensische Flüchtlinge zur Verfügung.

16 Schlussfolgerungen der Präsidentschaft, Rat der Europäischen Union, Brüssel, 14. Dezember 2007, Nr. 16616/07.

17 Die Reflexionsgruppe soll von Felipe González Márquez mit zwei Stellvertretern, Vaira Vie-Freiberga und Jorma Ollila, geleitet werden, und soll auf dem Treffen des Europäischen Rats im Juni 2010 Bericht erstatten.

18 „Treaty of Lisbon rejected by Irish people“, in: Irish Times, 13. Juni 2008.